

Der Parteitag.

Fehler: Daß sie die Pflicht des Parteivorstandes außeracht läßt, die Aufgaben der Partei zu gedenken. Wir haben ebenso die Pflicht, für die großen Ziele der Zukunft zu wirken, wie das physische Leben des Proletariats in der schweren Zeit des Krieges zu erhalten. Wenn die Genossen das zugeben, warum verhöhnen sie diese Gegenwartsarbeit als bürgerliche Humanität, als Arbeit eines Wohltätigkeitsvereines?

Der ganze Gegensatz beruht im Grunde auf einer Schätzung, wie weit man jeder Aufgabe der Partei gerecht werden muß. Wenn man sagt, es sollen mehr Diskussionen sein, so heißt das U-V-C predigen. In wieviel Fällen haben wir Diskussionen geradezu erzwingen müssen! Wir hätten die deutsche unabhängige Partei nicht beachtet? Wir haben sie zu diesem Parteitag eingeladen, wir haben mit ihren führenden Genossen, als wir in Berlin waren, über Stockholm verhandelt. Wir haben sie nie anders behandelt wie jede Bruderpartei. Wir sollen unsere und die Regierung des Deutschen Reiches zu offenen, unzweideutigen Bekannthaben ihrer Friedensbedingungen veranlassen. Aber unser erstes Wort im Parlament war diese Forderung. Und wenn die Genossen sagen, sie lehnen jede Bewilligung des Budgets des Massenstaates, Kriegskredite und Teilnahme an der Regierung unbedingt ab, und wenn das im Gegensatz zur übrigen Partei und dem Parteivorstand gesagt sein soll: haben die Genossen monatelang geschlafen, haben sie nicht gehört oder gesehen, daß wir sowohl die Kriegskredite im Budget wie dieses selbst stets abgelehnt haben? Haben Sie nicht gehört, daß wir auch die naiven Angebote der Regierungen Stam und Seidler, wir sollen während des Krieges ins Ministerium eintreten, abgelehnt und erklärt haben, daß wir das weder können noch wollen? Ich bin gewiß mit vielem, was Renner sagt und schreibt, durchaus nicht einverstanden, aber wenn er mit dem „Ministerialismus“ in Zusammenhang gebracht wird, muß ich doch erklären, daß er in dem Augenblick, da ihm zugemutet wurde, in die Regierung einzutreten, sofort für seine Person abgelehnt hat. Ich weiß nicht, ob er sich dabei für alle Zeiten verschworen hat. (Heiterkeit. — Mathilde Eisler: Es wird ja auch kein Vorwurf daraus gemacht!) Aber in dem Zusammenhang, wenigstens in dem räumlichen Zusammenhang mit dem Ministerialismus, wird nur von Renner gesprochen werden, man kann es schwer anders deuten.

Auch mit der Forderung nach Einberufung konstituierender Nationalversammlungen weiß ich nicht, ob die Genossen nachreden, was wir schon lange gefordert haben, oder ob sie etwas Neues zu sagen glauben. Immer haben wir im Parlament als den einzigen Weg die Konstituierung der Nationen durch ihre Vertreter des allgemeinen Wahlrechtes gefordert. Zwei Fehler sind es also, die diese Erklärung hat. Der eine Fehler ist, daß sie eben nur einen Pflichtkreis unserer Bewegung betont und den anderen mit Hohn und Spott abtut, und der zweite, daß sie den Schein erweckt, als wollte sie fordern, daß alle schwebenden Fragen allein „nach dem allgemeinen Interesse des ganzen internationalen Proletariats beurteilt werden“. Im ersten Moment lieft sich der Satz so, als würden die Genossen meinen, daß man alles, was in der inneren und äußeren Politik geschieht, ausschließlich nur nach dem allgemeinen Interesse des ganzen internationalen Proletariats zu beurteilen habe. Das wäre allerdings der Fehler, den wir immer dem Genossen Frih Adler zum Vorwurf machten. Aber bei genauer Durchsicht ist nicht das Gesamtinteresse des Proletariats etwa in Gegensatz gestellt zu den speziellen Interessen des Proletariats jedes Staates — so gestellt, wäre es eine wichtige parteitheoretische Frage —, sondern gegenübergestellt dem Sonderinteresse der deutschen Nation oder des österreichischen Staates“. Darf uns jemand zum Vorwurf machen, daß wir gegenüber dem Sonderinteresse des österreichischen Staates oder der deutschen Nation das Gesamtinteresse des Proletariats zurückgestellt haben? Wir sind alle derselben Meinung: daß wir das Gesamtinteresse des internationalen Proletariats ebenso zu wahren haben wie das Interesse des Proletariats der Nation, der wir angehören. Ich kann daher nicht einsehen, was diese Erklärung eigentlich will. Wenn die Genossen etwa den Zweck verfolgen, nach außen hin, nach Rußland, nach Frankreich, nach England zu bekunden, daß auch in Oesterreich eine starke organisierte Minderheit besteht und daß man auf diese Minderheit rechnen kann, so wie bei uns Schwärmer auf die Minderheiten in Frankreich und in England für gewisse Zwecke rechnen, dann ist diese Erklärung allerdings zu verstehen. Aber ich halte diese Mittel dort und hier für verfehlt, ja in Oesterreich für gefährlich. Eine Sondererklärung könnte auch der Anfang einer Absonderung sein. Die Internationale kann im Interesse des Friedens tätig sein, wenn in ihr die großen Massen des Proletariats jedes Staates einig und geschlossen sind. Die Minoritäten der einzelnen Staaten werden niemals imstande sein — so wenig wie die Majoritäten allein —, die großen Aufgaben der Internationale für den Frieden zu erfüllen. Diese Aufgabe erwächst allein den geschlossenen, einheitlichen, in sich selbst gefestigten nationalen Parteien der gesamten Sozialdemokratie. Aber auch die innere Politik fordert diese Einheit! Wehe uns, wenn wir nach diesem Kriege geschwächt in die Friedensarbeit kommen; wehe uns, wenn die Unternehmer die Schwäche der Gewerkschaften und der Organisation benützen werden, um die Arbeiterklasse aufs neue zu knechten; wehe uns, wenn die schweren Zeiten kommen und ein zerspaltenes, ein in sich uneiniges Proletariat treffen! Wir können diesen großen Aufgaben nur gerecht werden in der Internationale, wir können die großen Aufgaben, die uns nach dem Kriege gestellt sind, nur als eine einheitliche, geschlossene internationale Sozialdemokratie Oesterreichs erfüllen. Hoffen wir, daß dieser Parteitag die Einheit und Geschlossenheit der Partei für alle Zeiten sicherstellt. (Lebhafte Beifall.)

Die Verhandlungen werden hierauf auf morgen vertagt.